GRÜN IST heute das Morgen gestalten.

V.i.S.d.P.: Bündnis 90/die Grünen NRW • Sauerbruch • Oststraße 41 • 40211 Düsseldorf

Wahlprogramm

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kaarst

Kommunalwahl 2020

Inhaltsverzeichnis

Kinder, Jugend, Familie – Wir wachsen. 3

Soziales – Solidarität. Integration. Selbstbestimmung. 9

Alt & Jung – Zusammen in Kaarst. 13

Kultur in Kaarst – Erstklassig. Vielseitig. Bunt. 16

Schule und Bildung – Wir sagen: Schule = Bildung. 19

Klimaschutz: Jetzt – für die Zukunft. 24

Verkehrsplanung – für Menschen, nicht für Autos 28

Stadtplanung – Eine gemeinsame Mitte. 35

Sport & Freizeit – Nachhaltig für alle Generationen. 36

Mittelstand & Wirtschaft – Nachhaltig für Kaarst. 40

Feuerwehr – Für Kaarst im Einsatz. 42

Querschnittspolitik – Grüne Grundsätze für Kaarst. 43

Kinder, Jugend, Familie – Wir wachsen.

Jugendarbeit in den Stadtteilen sichern und ausbauen.
Kaarst fühlt sich der Kinder- und Jugendarbeit weit über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus verpflichtet. Wenn ein freier Träger eine Einrichtung nicht betreiben oder ein Angebot nicht anbieten kann, so muss die Stadt nach dem „Subsidiaritätsprinzip" in diesem Aufgabenbereich aktiv werden.

Die Grünen setzen sich konsequent für die Weiterentwicklung der bestehenden Strukturen in der Kaarster Kinder- und Jugendarbeit ein. Gleichzeitig müssen Schwachstellen schnell ausgebessert werden.

Nach über 15 Jahren unermüdlichen Einsatzes haben wir 2018 – in einem gemeinsamen Antrag mit der CDU, mit dem diese ihre jahrelange Blockade aufgegeben hat – endlich einen Konsens zum Bau eines Jugendzentrums (samt KiTa) in der Ortsmitte Vorst auf den Weg gebracht. Ein gutes Beispiel, dass sich ein hartnäckiger Einsatz und langer Atem lohnt. Nun fiebern wir der Umsetzung entgegen und werden auch hier nicht locker lassen – versprochen!

Wir hören mit unserem Einsatz nun nicht auf, sondern setzen uns auch dafür ein, dass das Konzept pädagogisch ausgestaltet wird und umfangreiche Öffnungszeiten angeboten werden – z.B. auch am frühen Abend und am Wochenende.

Das Beispiel zeigt, dass Kommunalpolitik immer „das Ganze" im Blick haben muss. Es darf nicht nur Bauland an junge Familien verkauft werden, es muss auch die dann notwendige soziale Infrastruktur geschaffen werden. Jeder heute in die Jugendarbeit investierte Euro ist besser angelegt und mehr wert als Geld für Streetworker in sozialen Brennpunkten. Prävention statt Nachbessern!

Auch in **Büttgen** muss das Angebot für die Jugend ausgebaut werden.

Im **Kaarster Westen** gilt es ein neues Angebot zu schaffen, dabei dürfen Vorst und Kaarst-West nicht zusammengelegt werden, **Jugendzentren müssen fußläufig zu erreichen sein**.

Für alle Jugendzentren fordern die Grünen **Qualitätsstandards**, die transparent darlegen, welche Leistungen angeboten werden; diese sollten auch einer unabhängigen Kontrolle unterliegen. Die städtische Förderung von Kinder- und Jugendprojekten muss ebenfalls in einen solchen Kriterienkatalog aufgenommen werden und enger an Projekte gebunden sein. Pauschalen müssen immer einen konkreten Bezug zu der Jugendarbeit in unserer Stadt Kaarst haben. Selbstverständlich müssen alle Jugendzentren ebenerdig bzw. behindertengerecht gestaltet sein. Die Angebote sollen Mädchen- und Jungenräume und -tage umfassen. **Proben- und Bandräume** sind zu erhalten und dem Angebot anzupassen, d.h. bei Bedarf ist das Angebot auch auszubauen.

Die Fortsetzung von **Familienforen** befürworten die Grünen ausdrücklich. Dabei sollen Familien aktiv in die Gestaltung ihres Umfeldes einbezogen werden.

Die **Schulsozialarbeit** soll mit der Jugendarbeit stärker vernetzt und die **Jugendberufsberatung** ausgebaut und durch die Stadt bekannter gemacht werden. Ebenso setzen wir uns für vermehrte Aktionen in Bereich der **Suchtprävention** ein.

Aus dem vorhandenen Stellenpotential der Stadtverwaltung soll ein/e **Kinder- und Jugendbeauftragte/r** als Ansprechpartner/in für die Kinder und Jugendlichen in der Stadt ernannt werden. Diese Aufgabe könnte z.B. der Stadtjugendpfleger übernehmen. Die/Der Beauftragte muss an allen planungs- und anderen relevanten Entscheidungen beteiligt werden und die Interessen der Kinder und Jugendlichen vertreten, gegenüber der Öffentlichkeit, der Verwaltung und der Politik, z.B. auch durch eine Präsenz in den entsprechenden Ausschüssen.

Kindergärten und Kindertagespflege.

Immer noch stellt der auf Bundes- und Landesebene beschlossene Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz alle Kommunen vor eine besondere Herausforderung. In Kaarst traf – und trifft – diese Herausforderung auf die besondere Unbeweglichkeit und Verzögerungstaktik von Verwaltung und CDU, die dem rasant angestiegenen Bedarf nicht gerecht geworden ist. Wir Grünen stehen weiterhin, ohne wenn und aber, für einen weiteren konsequenten Ausbau der U3- und Ü3-Betreuung in Kaarst. Dabei gilt für uns

das Leitmotiv, dass die Qualität an erster Stelle stehen muss – vor der Abschaffung der Elternbeiträge. Unser Ziel ist es aber, im nächsten Schritt **für Einkommen bis 40.000€ kostenlose Betreuungsplätze** anzubieten.

Die Grünen fordern deshalb eine **bedarfsgerechte Einrichtung von Betreuungsplätzen für jedes Kind** in Kaarst. So sollen auch **alternative Betreuungsmodelle** (stunden- und tageweise) durch Netzwerke aufgebaut werden. Die Stadt soll diese Prozesse begleiten und unterstützen. Für die Stadt Kaarst muss es Ziel sein, die **Vereinbarkeit von Beruf und Kindern zu fördern** und verbesserte Rahmenbedingungen zu schaffen.

Der Ausbau der **Betreuungsmöglichkeiten für unter 3jährige Kinder** stand und steht dabei im Mittelpunkt. Hier wurde – auch und gerade mit dem Engagement der Grünen – der Bereich politisch vorangetrieben. Die Betreuungsquote entspricht lange noch nicht dem Bedarf und muss daher ausgebaut werden.

Dabei spielen die Tagespflegepersonen eine bedeutende Rolle: Gerade von den U3-Kinder befinden sich viele bei Tagesmüttern oder -vätern. Wir setzen uns für ein faires und angemessenes Vergütungsmodell für die Kindertagespflegepersonen ein.

KiTa-Neubauten.
Trotz der nun geplanten KiTa-Neubauten Am Bauhof (dort auch u.a. die sog. „Turbo-Kita“), in der Ortsmitte Vorst und an der Birkhofstraße in Büttgen wollen wir Grüne erreichen, dass die **Bedarfsplanung** von KiTa-Plätzen und in Folge von Gebäuden langfristiger, nachhaltiger und strukturierter erfolgt, als es leider in den vergangenen Jahren mit Verwaltung und CDU üblich war. Wir wollen uns nicht jedes Jahr wieder von gestiegenen Bedarfen „überraschen“ lassen und Bezeichnungen wie „Turbo-Kita“ überflüssig machen.

Bei allen Neu- und Umbauten gilt es für uns als Grüne, neben den selbstverständlichen Aspekten gesunder Baustoffe und der Erfüllung aller Qualitätsmerkmale, auch, die **Einhaltung der Kosten und die langfristige Multifunktionalität** der Gebäude im Blick zu haben – das Gebäude einer heutigen Kita sollte in 15 Jahren als Jugendzentrum oder in 25 als Seniorenzentrum fungieren können.

Offener Ganztag.
Bei der Betreuung im offenen Ganztag (OGS/Ogata) müssen wir mit der Verwaltung einem möglichen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz (wie von der

Bundesregierung bis 2025 in Aussicht gestellt) zuvorkommen, indem wir schnellstmöglich vor allem angemessene Räumlichkeiten für eine entsprechende **Betreuungsquote** schaffen. Diese müssen z.B. auch schon jetzt in geplanten Grundschulerweiterungen und -neubauten mit bedacht und geplant werden. **Containermodule dürfen keine Dauerlösung darstellen.**

Abenteuer-Spielplätze.
Die Grünen fordern, Spielplätze nicht nach DIN-genormten (Plastik-)Spielgeräten zu entwerfen. Die Kinder sollen mit natürlichen Materialien in Kontakt kommen. So gehört nach unserem Verständnis ein Matschhügel mit Wasser ebenso auf jeden Spielplatz wie Bäume und Weidensträucher für Verstecke und weitläufige Flächen zum Fangen und Versteckspielen. Die Spielplätze sollen von der Fläche her größer werden. Ebenso soll ein Schlechtwetterspielplatz geschaffen werden. Generell soll der Trend dahin gehen, größere, attraktive Spielplätze mit ausreichenden Schattenplätzen vorzuhalten, statt an jeder Straßenecke nur einen lieblosen Sandkasten. Für zukünftige Generationen muss mehr Platz zum Spielen in echter Natur geschaffen werden. Außerdem setzen wir uns für die Schaffung eines weiteren Generationenspielplatzes ein.

Bolzplätze ausbauen.
Immer näher ist die Wohnbebauung an viele Bolzplätze herangerückt, z.B. in Büttgen; hier muss ein neuer Bolzplatz entstehen, was auch schon auf Antrag der Grünen beschlossen wurde. Allerdings wird von Seiten der CDU die Umsetzung seit Jahren verzögert.

Die Errichtung eines Bolzplatzes am Hoverkamp in Kaarst haben CDU, SPD und FDP bisher leider verhindert. Hier werden wir auch einen neuen Anlauf unternehmen, um einen Raum für Kinder und Jugendliche zu schaffen.

Es gilt, die Bolzplätze weiter weg von der Wohnbebauung anzulegen und den Jugendlichen eine Chance zu geben, ohne die Anwohner zu stören auch im Sommer abends noch zu bolzen. Dieses Angebot muss auch für Streetballfelder und Plätze für Funsportarten ausgebaut werden.

Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen.
Wir fordern eine konsequente Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen bei der Stadtplanung (Umfeldgestaltung, nicht nur bei Spielplätzen). Unsere Stadt muss kinder- und jugendfreundlicher werden.

Mit dem **Jugendforum**, das maßgeblich auf die Initiative der Kaarster Grünen zurückgeht, wurde ein erster Schritt in Richtung Mitbestimmung durch Jugendliche getan. Das ist zwischenzeitlich mehr als 20 Jahre her und die damaligen Jugendlichen sind heute selber oft Mütter und Väter und deren Kinder stehen heute genau an dem Punkt, an dem ihre Eltern damals standen: Verwaltung, CDU und FDP machen Politik zu einer Sache, bei der eine echte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nicht erwünscht ist.

Doch nachdem die Politik das Jugendforum hat einschlafen lassen, fordern wir Grüne eine neue Form der Partizipation: Kaarst soll ein **Jugendparlament** bekommen. Oft wird der Vorwurf erhoben, Jugendliche seien heute „politikverdrossener" als noch vor einigen Jahren. Spätestens mit der Bewegung „Fridays für Future" dürfte dieses Argument keiner mehr ernsthaft anführen können.

Mit der Möglichkeit, mehr mitzubestimmen, wird Jugendlichen gleichzeitig auch eine **Mitverantwortung** an Entscheidungen übertragen. Diese **Beteiligung** lässt eine neue, freiwillig gewählte **Solidarität** entstehen, die Jugendliche noch stärker an ihre Heimat bindet. Das Jugendparlament soll ein Ort sein, an dem Jugendliche ohne Anleitung oder Aufsicht Themen aufwerfen, Fragen stellen, sich austauschen und miteinander diskutieren können – Supervision wird angeboten. Wir gehen davon aus, dass die Möglichkeit, sich aktiv politisch zu betätigen, eigene Ideen und Meinungen einzubringen und dabei von einer größeren Öffentlichkeit gehört zu werden, die Jugendlichen in ihrer Arbeit bestärken und motivieren wird und dass sich das Jugendparlament so zu einer festen lokalen Einflussgröße entwickelt; das Parlament darf keine „Alibi-Funktion" erfüllen. Eine Umsetzung könnte wie folgt aussehen: Das Jugendparlament besteht aus 10 bis 15 Vertretern im Alter zwischen 12 und 20 Jahren, die jeweils für mind. ein Jahr gewählt werden. Dabei könnte es ein Ziel sein, dass Vertreter von jeder Schule oder zumindest Schulform vertreten sind.

Das Jugendparlament versteht sich als **überparteiliche Vertretung der Interessen der Jugend** gegenüber dem Stadtrat und berät diesen in jugendrelevanten Angelegenheiten.

Es hat Rede- und Antragsrecht in allen Ausschüssen zu Themen, die Kinder und Jugendliche betreffen, ferner arbeitet es mit der Stadtverwaltung und der Presse zusammen. Das Jugendparlament ist eine Anlaufstelle für Ideen und Anregungen von anderen Kindern und Jugendlichen, die diesem Anträge vorschlagen können. Darüber hinaus könnten von Zeit zu Zeit eigene Veranstaltungen für Jugendliche durch das Parlament organisiert werden.

Bisher sind wir an dem Widerstand von CDU, SPD und FDP gescheitert. Wenn es eine **dauerhafte, institutionelle Beteiligung** geben soll, bei der Kinder und Jugendliche auch ein **echtes Mitspracherecht** haben, dann braucht es starke Grüne!

Unsere Hauptforderungen und Projekte im Bereich Kinder & Jugend:

- Konsequenter Ausbau einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung: Forderung einer echten Betreuungsplatzgarantie
- Stärkung der Mitspracherechte von Kindern und Jugendlichen – endlich ein Jugendparlament einführen
- Angemessene Räumlichkeiten für die OGS schaffen
- Naturnahe Gestaltung der Spielplätze
- Schaffung von mehr Freiräumen für Kinder und Jugendliche – z.B. den Bolzplatz in Büttgen endlich realisieren
- Bedarfsgerechte Ausrichtung der Jugendarbeit im gesamten Stadtgebiet – Jugendzentrum in Vorst zügig verwirklichen

Soziales – Solidarität. Integration. Selbstbestimmung.

Moderne Sozialpolitik in Kaarst fußt auf **Solidarität, Integration und Selbstbestimmung** und soll allen Menschen gleiche Chancen und Perspektiven bieten. Für eine intakte soziale Infrastruktur darf es keine Benachteiligungen für Menschen aufgrund ihrer gesellschaftlichen Herkunft geben. Die Grünen werden nicht tatenlos zusehen, wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird. Es gilt das Solidaritätsprinzip.

Beratung und Solidarität.

Menschen, die durch Arbeitslosigkeit oder durch andere Lebensereignisse auf finanzielle Hilfe angewiesen sind, sollen Zugang zu einer fundierten, verständlichen, objektiven **Beratung** in einem offenen Klima bei der Stadt Kaarst erhalten. Diese Menschen dürfen nicht das Gefühl haben, diskriminiert oder abgeschreckt zu werden.

Wichtig ist besonders eine **barrierefreie Beratung** – zum Beispiel für Menschen mit Behinderung oder auch für MigrantInnen mit Sprachbarrieren. Deshalb fordern wir, dass gerade MitarbeiterInnen in diesem Bereich besonders für die sensible Aufgabe geschult werden.

Der **kommunale Armutsbericht** für die Stadt soll fortgeschrieben werden und so die Früherkennung des Handlungsbedarfes ermöglichen und die Wirkung von Maßnahmen aufzeigen.

Die Grünen werden sich für die **Einführung eines Kaarst Passes** in Form eines Couponheftes stark machen. So sollen Menschen, die Sozialleistungen erhalten, kostenlose bzw. verbilligte Eintrittskarten zum Schwimmbad, Kaarster See, Sport, VHS, Kabarett und andere Vergünstigungen zur Verfügung gestellt werden. Dies trägt dazu bei, dass auch BürgerInnen aus einkommensschwachen Haushalten am gesellschaftlichen, kulturellen und sportlichen Leben besser teilhaben können. Auch Neubürger/innen sollen zum Kennenlernen ihrer neuen Heimat eine Vergünstigung erhalten und der Kaarst Pass soll auch Feuerwehrleuten und den

Ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen der Hilfswerke (DRLG und Rotes Kreuz) zur Verfügung gestellt werden.

Schlichtwohnungen sollen dezentral in der Stadt verstreut sein, aber gleichzeitig in zentraler Lage, damit die alltäglichen Besorgungen zu Fuß erledigt werden können.

Kinder von ALG II-Empfängern erhalten derzeit bis zur 10. Klasse ein **Leistungspaket zum Start eines Schuljahres**, um z.B. Material anzuschaffen. Diese Leistung sollte von der Stadt Kaarst auch für Schüler der Sekundarstufe II übernommen werden, um den Besuch der Schulen zu fördern, die zum Abitur führen.

Ein **Second Hand-Betrieb**, z.B. in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter bzw. dem Rhein-Kreis Neuss, könnte Arbeitslosen den Wiedereinstieg in den Job vereinfachen und gleichzeitig Soziales mit ökologischen Aspekten verbinden. Durch Recycling von Gegenständen und Reparatur statt Neukauf werden Ressourcen geschont. Solch ein **Qualifizierungsprojekt für Langzeitarbeitslose** könnte in Form eines **Sozialkaufhauses** mit Agenda-Standard umgesetzt werden. Dabei könnten Second-Hand-Kleidung, Möbel, Holzspielzeug aus eigener Herstellung, ökologische und fair gehandelte Waren und regional erzeugte bäuerliche Produkte unter einem Dach verkauft werden. Die Räume könnten für Veranstaltungen und Ausstellungen, als Treffpunkt für Agenda- und Eine-Welt-Gruppen, als offener Treffpunkt mit Waschgelegenheit und preisgünstigem Essen dienen.

Die Initiierung einer **Tauschbörse** könnte darüber hinaus ein Baustein aktiver Sozialpolitik in der Stadt Kaarst sein.

Eine weitere Möglichkeit für ein Projekt mit ausgesprochenem Synergieeffekt wäre eine **Energieberatung** für Menschen, die Leistungen nach dem SGB II und SGB XII erhalten. Langzeitarbeitslose könnten sich im Rahmen einer Qualifizierungsmaßnahme für die Beratung schulen lassen und der o.g. Personengruppe Kenntnisse über Einsparmöglichkeiten vermitteln. Die Stadt Kaarst könnte hierbei über die Stadtwerke ihr Know-How beisteuern. Ähnliche Projekte gibt es in anderen Städten bereits.

Die Grünen setzen sich dafür ein, dass die Stadtwerke Kaarst Energiesperren bei Einkommensschwachen (im Zahlungsverzug) einstellen und diese Menschen nicht im Kalten und Dunklen sitzen lassen.

Integration.

Integration von MigrantInnen ist nicht erst seit 2015 zentrales Grünes Anliegen. Auch in Kaarst treten wir für das Gelingen einer bunten, toleranten, offenen Gesellschaft ein.

Wir stellen uns rechten Parteien und Bewegungen entschieden entgegen.

Wir unterstützen die ehrenamtlichen Bemühungen um Integration, die die Stärke der Zivilgesellschaft in unserer Stadt demonstrieren.

Wir wollen die **Sprachkompetenz** fördern, dabei die Angebote effizienter machen. Zweisprachigkeit von Kindern und Jugendlichen soll zum Beispiel durch entsprechendes Personal in den Kindertagesstätten gefördert werden.

Wir werden uns bei den Angeboten der Offenen Ganztagsgrundschule für spezielle Angebote für Kinder mit Migrationshintergrund einsetzen.

Wir unterstützen die VHS auch als Träger der Integrationskurse. Gemeinsam mit VHS und (über-)regionalen Stellen werden wir Möglichkeiten prüfen, mehr Sprachkurse anzubieten, insbesondere solche, die über die Integrationskurse hinausgehen.

Wir sehen Migration nicht nur als Zahlenwerk. Wir fordern von der Verwaltung aussagekräftige Zahlen zur Integrationsarbeit und konkrete Ziele, die über das derzeitige **Integrationskonzept** hinausgehen.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass bei der Kaarster Verwaltung eine Anlaufstelle zur Klärung bzw. Beantragung ausländerrechtlicher Entscheidungen geschaffen wird, z.B. eine Außenstelle der Ausländerbehörde. Außerdem soll die Stelle eines/r **Integrationsbeauftragten** in der Verwaltung als zentrale Organisations- und Anlaufstelle für Kaarst geschaffen werden.

Wir wollen den **Integrationsrat** wieder einführen – ggf. unter konkreteren Maßgaben zur Implementation und Begleitung durch die Verwaltung –, um MigrantInnen effektiv an den Entscheidungsprozessen in ihrem Lebensumfeld zu beteiligen.

Um eine bessere und einfachere Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen sicher zu stellen, setzen wir uns dafür ein, dass die Stadt Kaarst der NRW-weiten Rahmenvereinbarung über den Gebrauch einer **elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge** beitritt.

Die Stadt Kaarst sollte auch als Arbeitgeber für Integration eintreten. Mehr MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung sind daher wünschenswert.

Wir wollen dem Sterben der Flüchtlinge im Mittelmeer nicht tatenlos zusehen. Auf Grundlage unseres Antrages wird sich Kaarst mit der Seenotrettung von Flüchtlingen solidarisch erklären und damit zum **„Sicheren Hafen“** im Sinne der Seebrücke eV erklärt. Wir wollen, dass die Stadt darüber hinaus noch weitere Forderungen der „Seebrücke“ erfüllen und dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ beitritt.

Unsere Hauptforderungen und Projekte im Bereich Soziales und Integration:

- Beratung und Solidarität:
- barrierefreie Beratungsangebote
- Fortschreibung des kommunalen Armutsberichtes
- Einführung eines „Kaarst Passes“
- Second Hand-Betrieb / Sozialkaufhaus / Tauschbörse
- Energieberatung

Integration:

- Wiedereinführung des Integrationsrates
- Einsetzung einer/s Integrationsbeauftragten in der Verwaltung
- Beitritt zum Bündnis „Städte Sicherer Häfen“
- Ausbau der Sprach- und Integrationskurse
- Sprachförderung, auch von Zwei- und Mehrsprachigkeit, ab der KiTa
- Verbesserung und Konkretisierung des Integrationskonzeptes

Alt & Jung – Zusammen in Kaarst.

Seniorenpolitik ist in Kaarst im Zuge des **demografischen Wandels** ein immer wichtigeres Thema. Neue Wege in der Bewältigung dieses Wandels sind nötig und können nur gemeinsam beschritten werden. Daran wollen die Grünen mit Jung und Alt arbeiten und in den einzelnen Stadtteilen **mehr Angebote für Senioren** schaffen. Unsere Gesellschaft wird nicht nur älter, sondern die Menschen wollen im Alter auch sehr viel mehr über sich und wie sie leben bestimmen. Der überwiegende Teil der Bevölkerung lehnt es ab, im Alter in einem anonymen Pflegeheim untergebracht zu werden. Die Grünen wollen diesem Bedürfnis Rechnung tragen. Sie möchten die Strukturen in den Wohnquartieren so ausbauen und entwickeln, dass dieses selbst-bestimmte Wohnen in häuslicher Umgebung auch bei altersgemäßen Einschränkungen möglich ist.

Bezahlbares und generationen-übergreifendes, stadtnahes Wohnen ist deshalb eine Grüne Forderung. Schon seit geraumer Zeit engagieren wir uns und informieren über das „**Quartierkonzept**“. Diese Art des Wohnens ist für Jung und Alt gedacht. Ein Quartierstützpunkt trägt zur Versorgungssicherheit in der unmittelbaren Umgebung bei. Hier gibt es Unterstützung, Beratung und Vermittlung. Zudem ist er auch ein Treffpunkt mit der Möglichkeit zur Kommunikation und Teilhabe. So fordern die Grünen quartiersbezogene Wohn- und Pflegeangebote, statt der weiteren Planung von stationären Großeinrichtungen. „Ambulant vor stationär“ ist und bleibt ein Grüner Kernsatz! Hier soll auch das Informationsangebot der Stadt und des Seniorenbüros bzw. -beauftragten ansetzen.

Wohnen für Hilfe – Generationenübergreifende Wohnpartnerschaften.
Kaarst hat eine gute Anbindung nach Düsseldorf, ist also für Studierende, die eine Wohnung suchen, durchaus reizvoll. Die Grünen unterstützen die Idee, dass ältere Menschen, die Hilfe benötigen, Wohnraum an eine/n Studierende/n „vermieten“, die/der statt einer Miete pro Quadratmeter Wohnfläche eine Stunde Unterstützung im Monat leisten. Die „Vermieter“ haben dadurch die Chance, in ihrer vertrauten Umgebung zu bleiben, und die „Mieter“ haben die Möglichkeit, während des Studiums oder ihrer Ausbildung preiswert zu wohnen.

Digital mobil im Alter.

Auf Antrag der Grünen startet demnächst in Kaarst die App „Gut versorgt in Kaarst", mit Auskünften, Ratschlägen und Tipps, Gemeinschaften zu finden. Dies ist ein Anfang. Gerade Senioren sollten den Schritt in die Digitale Welt wagen! Mit Hilfe ehrenamtlicher, ebenfalls betagter sogenannter Technik-BotschafterInnen fällt es leicht in die Digitale Welt einzutauchen. Es wirkt positiv auf gesellschaftliche Teilhabe, verhindert soziale Spaltung. Es hält den Geist fit und ermöglicht den Kontakt zu Enkeln, auch wenn diese in der Ferne leben. Unterstützt wird eine möglichst lange Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Nicht zu vergessen die überaus hilfreichen Entwicklungen in der Medizin: Auch dort gibt es Technik, die das Alleinleben erleichtert, z.B. durch Kontrollen und Kommunikation und der leichteren und sicheren Handhabung mit Krankheiten.

Partizipation – Einbindung – Engagement.

Auch die **Gestaltung der Infrastruktur** muss mit einbezogen werden. Dazu gehören u.a. Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, ein an die Bedürfnisse älterer und auch pflegebedürftiger Menschen angepasster Wohnraum und entsprechendes Wohnumfeld. Angebote im Quartier und Stadtteil für gesundheitliche Versorgung, Einzelhandel, haushaltsnahe Dienstleistungen, Freizeitgestaltung und Kommunikation, **Bürgerbus** (u.U. App-unterstützt), ÖPNV und die Koordination unterschiedlicher Angebote mit dem Schwerpunkt Beratung bei Unterstützungs- oder Pflegebedarf vor Ort. Soziale Netze in der Nachbarschaft und der Ausbau ambulanter Dienste unterstützen gerade die kleinen Wohn- und Lebensformen und das Bedürfnis, im eigenen Haus oder der eigenen Wohnung wohnen bleiben zu können. Denn der immer häufigere Wunsch nach Partizipation, Selbstbestimmung und anderen Wohn- und Lebensvorstellungen ist durchaus zeitgemäß. Letztendlich ist es auch eine Frage der Kosten, die von vielen nicht für eine stationäre Pflegeeinrichtung geleistet werden können. Die ersten quartiersbezogenen Wohn- und Pflegeformen sind bereits vor über 30 Jahren entstanden und so kann auf reichhaltige Erfahrung zurück geblickt werden.

Bei infrastrukturellen Projekten soll auch die mögliche **multifunktionale Nutzung von Gebäuden** mit bedacht werden: so könnte ein heute bestehender Kindergarten in 10 oder 20 Jahren als Seniorenzentrum genutzt werden. Dies setzt nachhaltige bauliche und funktionelle Planungen voraus, die Die Grünen in diesem Bereich einfordern.

Die Senioren verfügen meist über einen **Fundus an Lebenserfahrung und Wissen**, der von den Kommunen genutzt werden sollte. Sie wirken im vorparlamentarischen Raum und stellen bürgerschaftliches Engagement dar und her. Die Mitglieder des Seniorenbeirates nehmen beratend an öffentlichen Ausschusssitzungen des Rates teil und wirken so bei der Planung von Seniorenthemen mit. Sie sind Ansprechpartner für alle hilfe- und ratsuchenden Senioren, bilden Arbeitskreise und Interessengruppen für seniorenrelevante Bereiche. Ebenso wichtig ist der Erfahrungsaustausch mit anderen Seniorenbeiräten und der Landesvertretung der Seniorenverbände.

Eine **Ehrenamtsagentur**, die zur Vermittlung noch aktiver Senioren geeignet ist, Kindern und Jugendlichen (Nachbarschaftshilfen) zu helfen, sollte von der Stadt unterstützt werden. Dabei steht die Förderung des Generationenaustauschs (Patenschaften, ehrenamtliche Betreuungsangebote) ebenso im Rahmen dessen.

Die **Seniorentreffs** sollen ausgebaut und seitens der Stadt für ihre Programme z.B. in einer gemeinsamen Publikation oder App geworben werden.

Für einen **Generationenspielplatz** haben sich Die Grünen und die Gruppe der Grünen Alten lange Zeit konsequent eingesetzt. Nun stehen sie im Stadtpark, die Fitnessgeräte für Jung und Alt! Dies sollte ein Vorbild für weitere Ortsteile sein!

Auch der Grüne Antrag „**Kaarst barrierefrei**“ und die **Taschengeldbörse** wurden schon mit einigem Erfolg in Kaarst realisiert! Die Grünen in Kaarst haben seit 13 Jahren eine erfolgreiche Gruppe der GRÜNEN Alten. Schon manch gute Idee wurde dort begonnen und als Antrag durchgesetzt. Politik und Alter – eine gute Kombination.

Unsere Hauptforderungen und Projekte im Bereich Alt & Jung:

- Ambulant vor stationär! Selbstbestimmtes Leben möglich machen durch Quartierlösungen, generationenübergreifendes Wohnen, „Hilfe statt Miete“ etc.
- Einbindung der Senioren ins digitale, politische und soziale Miteinander

Kultur in Kaarst – Erstklassig. Vielseitig. Bunt.

Unser Grüner Bildungsbegriff ist untrennbar mit **kultureller Bildung und kultureller Vielfalt** verknüpft, hält dies doch unsere Gesellschaft zusammen.

Orte ohne Kultur forcieren meist die Verödung der Quartiere. **Angebote „vor Ort" und „generationenübergreifend"** fördern die Identifikation mit der Stadt, in der wir leben. Menschen aller Altersgruppen können so durch gemeinsame Kulturprojekte ein reges Miteinander erleben. Das bedeutet auch, dass alle Menschen, ob reich oder arm, ob jung oder alt Zugang haben sollten zu allen kulturellen Einrichtungen und Projekten.

Kulturelles Leben ist unübersehbar ein positiver Standort- und Wirtschaftsfaktor, der Arbeitsplätze schafft.

Immer wiederkehrend zeigt sich das Bedürfnis, die Kulturlandschaft in Kaarst zu optimieren. Optimieren soll heißen: verjüngen, erweitern, liberalisieren, also auch ohne Vereinsbindung managen.

Es wird offensichtlich, dass Kultur in Kaarst seit Jahrzehnten (von 1995 stammt der letzte Kulturentwicklungsplan) dieselben Schwerpunkte und Schwächen hat.

Es fehlt ein starkes, von der Politik ideell und materiell unterstütztes Kulturamt, das über die sogenannten und vermeintlichen Pflichtaufgaben hinaus kreative und spontane Ansätze initiieren und fördern kann. Dieses Amt sollte mit einer/m **Kulturdezernent/in** und angemessenem Budget folgende Aufgaben wahrnehmen:

- Bedingungen schaffen, in denen sich Kulturarbeit entfalten kann und ein besonderes Augenmerk auf Orte richten, wo diese stattfinden kann (Räume öffnen)
- für eine **Stadthalle** als eine ideale Basis für jegliche kulturelle Veranstaltungen eintreten
- „Kultur vor Ort" fördern (Für diese Aufgabe braucht Kaarst etwas 'robusteres' als das Albert-Einstein-Forum. Auch Bandräume etc. sollten dort vorhanden sein.)

- **offene Angebote** ermöglichen und fördern, wo alt und jung „mitmachen", gestalten und ihre Fähigkeiten ausprobieren können (Theater-AGs, Bandfestivals, Kulturtage)
- kulturelle Veranstaltungen bezuschussen, wenn keine kostendeckenden Einnahmen erzielt werden (können), diese aber kulturpolitisch wertvoll sind
- einen **Kulturwegweiser, auch online,** bereitstellen, der ALLE Veranstaltungen und Projekte darstellt, also nicht nur die von der Stadt organisierten, sondern auch die von z.B. den Musikschulen, der Volkshochschule, dem Kunstcafé oder auch von einzelnen Künstlern oder Künstlergruppen
- die Zusammenarbeit mit den Schulen, Jugendzentren und dem Jugend- und Sozialamt im Hinblick auf Kulturarbeit intensivieren
- die Zusammenarbeit mit der Volkshochschule stärken, indem z.B. dort stattfindende Ausstellungen stärker beworben werden
- Projekt anstoßen: „Was wünschen sich Jugendliche in Kaarst?"
- Teilnahme an der Aktion – **Kunst im öffentlichen Raum** mit QR Codes
- Sinn und Ziele der Artothek bekanntmachen; Neuzugänge publik machen und bewerben.

Wir brauchen dringend eine **Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus** in Kaarst, als Ergänzung der zahlreichen Gedenkstätten, inklusive der entsprechenden Aufarbeitung durch unabhängige und professionelle HistorikerInnen. Die Stadt könnte diese Aufarbeitung z.B. in Form eines (Doktoranden-)Stipendiums unterstützen.

Unsere Hauptforderungen und Projekte im Bereich Kultur:

- Einrichtung einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus
- Ein eigener städtischer **Wettbewerb für „junge Kultur"** in Kaarst
- Eine **eigene städtische Galerie**, die unabhängig kuratiert wird, z.B. als Stiftung
- **„offene Bühne"** als Angebot mehrmals im Jahr an Laien, die auszuprobieren und in einem semi-professionellen Rahmen aufzutreten/ Kunst „selber machen"
- Kulturelle „Viertel- bzw. Quartierstreffpunkte" entwickeln

Grüne Kultur: Was tun wir?

- Wir Grünen versuchen ebenfalls unseren Beitrag zu kultureller Vielfalt zu leisten, z.B. mit unserem jährlichen **Fotowettbewerb.** .

- Außerdem öffnen wir unsere Geschäftsstelle für **Ausstellungen**, sofern sie im laufenden Betrieb möglich sind und bestücken unsere Wände in ausstellungsfreier Zeit mit Bildern aus der städtischen Artothek.
- Seit längerer Zeit bieten wir den **„Grünen Salon**" an, in dem wir mit Referenten gesellschaftliche und kulturpolitisch interessante Themen diskutieren.
- Die **„Grünen Alten"** unternehmen regelmäßig Museums- und Veranstaltungsfahrten zu politisch oder gesellschaftlich interessanten Orten.

Schule und Bildung – Wir sagen: Schule = Bildung.

Die Kaarster Grünen sehen in der **positiven Gestaltung der Schullandschaft** einen besonderen Schwerpunkt ihrer Arbeit. Jedem Kind soll die ihm gemäße Chance zur Entfaltung seiner Persönlichkeit gewährt werden. Das bedeutet, dass die Schulen nicht nur Einrichtungen zum Erwerb von Wissen sind, sondern auch ihren pädagogischen Bildungsauftrag optimal erfüllen sollen.

Wir haben erfolgreich eingefordert, dass **Sozialpädagogen und Sozialarbeiter** eingestellt wurden und nun die Lehrerinnen und Lehrer unterstützen. Mit der Finanzierung durch die Stadt werden inzwischen unter ihrer Anleitung Kurse zur Streitschlichtung, zur Stärkung der sozialen Kompetenz, gegen Mobbing und Cybermobbing und gegen aggressives Verhalten an allen Schulen durchgeführt. Ebenso werden Kurse zur Selbstverteidigung und zum Durchsetzungsvermögen von Mädchen und Jungen angeboten. Die Zuordnung der Sozialpädagogen zu einer einzelnen Schule begrüßen wir, würden uns aber ihre Anstellung bei der Stadt wünschen, da auf diesem Wege eine gerechtere Gestaltung ihrer zur Zeit völlig unterschiedlichen Verträge ermöglicht würde. Außerdem setzen wir uns für langfristige bzw. unbefristete Arbeitsverträge ein, um den Sozialabeitern und -pädagogen eine gesicherte berufliche Perspektive in Kaarst zu geben. Gerade unter dem Vorzeichen des herrschenden (Sozial-)Pädagogenmangels müssen Stellenkonditionen möglichst attraktiv gestaltet werden, um im Wettbewerb um das Fachpersonal bessere Chancen zu haben. Zur Zeit ist der Bedarf noch nicht ausreichend abgedeckt, so dass in Zusammenarbeit mit den Schulen die wirklich nötigen Unterstützungsstunden ermittelt und durchgesetzt werden sollen.

Den **Ganztagsunterricht** sehen wir in allen Schulformen auf einem guten Weg. Wir begrüßen die vielfältigen Möglichkeiten, die Schulen bei der Gestaltung des Nachmittagsunterrichts bleibt. Insbesondere die Verzahnung mit außerschulischen Institutionen wie Sportvereinen oder Kunst- und Kultureinrichtungen und Experten verschiedener Art kann diese Angebote sehr attraktiv machen.

Zusätzlich zum Ganztagsunterricht bietet die Rückkehr zu G9 nun weitere Freiräume für nachschulische Aktivitäten bei Schülern, die keinen Nachmittagsunterricht besuchen.

Weiterhin verfolgen wir das Ziel der Errichtung mindestens einer gebundenen Ganztagsgrundschule mit durchgängig rhythmisierten Angeboten von Unterricht und außerunterrichtlichen Aktivitäten, an denen alle Schüler und Schülerinnen verpflichtend teilnehmen.

Die Grünen setzen sich besonders für die Unterstützung von **integrativem und inklusivem Unterricht** ein. Die Forderung nach Verstärkung durch weitere Fachkräfte gehört ebenso dazu wie erforderliche Umbaumaßnahmen z.B. zur Schall- und Lärmdämpfung und barrierefreiem Zugang zu allen teilnehmenden Schulen. In Kaarst wird mit dem **Neubau der Grundschule Stakerseite** eine weitere Grundschule, neben der Astrid-Lindgren-Schule und der Budica, gemeinsamen Unterricht anbieten können. Auch damit dies möglichst schnell umgesetzt werden kann, darf dieser Bau nicht Opfer der Haushaltsplanungen werden und hinter anderen Projekten zurückstehen, dafür werden wir uns einsetzen.

Um den Kindern einen sicheren Zugang zu ihren Schulen zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu ermöglichen, setzen wir uns für **die Errichtung sicherer Zuwege** zu den Schulen ein. Wir fordern von der Stadt, in enger Zusammenarbeit mit den Schulen ein überzeugendes Konzept für sichere Schulwege vorzulegen. Andere Kommunen haben beispielsweise ein Halteverbot zu Stoßzeiten ausgesprochen und Hausmeister ermächtigt, Ordnungsgelder zu verhängen. Denkbar wäre beispielsweise, solche Maßnahmen mit einer Walking Bus App zu flankieren, so dass es den Eltern ermöglicht wird, sich einfacher zu organisieren und der Versuchung, zum Elterntaxi zu werden, zu widerstehen. Vorstellbar wäre auch, dass Schüler von weiterführenden Schulen oder Rentner in Form eines einfach vergüteten Ehrenamts Walking Bus Touren übernehmen.

Bei den Angeboten der **Mensaessen** ist ein verstärktes Gesundheitsbewusstsein der Betreiber wie auch der Schülerinnen und Schüler erkennbar.

Die Grünen setzen sich langfristig für **Frischküchen** an allen Kaarster Schulen ein. Bis dies umgesetzt werden kann, soll das Essen in allen Kitas und Schulen auf 100% Bio-Qualität aus möglichst regionalen Produkten umgestellt werden.

Zur Qualität der Schulen gehört auch Hygiene und Sauberkeit – nicht erst in Zeiten von Corona. Wir fordern daher eine bessere Koordination der Schulreinigung. Die Einstellung des Reinigungspersonals bzw. die Vergabe an entsprechende Dienstleister muss enger mit den Schulen abgesprochen werden und bei der Vergabe darf eben nicht nur der niedrigste Preis ausschlaggebend sein. Dies gehört auch zur sozialen Verantwortung der Stadt.

Um das Engagement vieler Schüler für den Klimaschutz aufzugreifen, wollen wir einen Preis für die „Nachhaltigste Klassenfahrt" einrichten.

Mehr denn je gehört ein gutes und umfassendes **Angebot an Schulen** zu den Qualitätskriterien einer Stadt. Die Grünen freuen sich deshalb, dass die durch unser Engagement eingerichtete **Gesamtschule** in Büttgen seit ihrer Gründung einen so durchgehend guten Zuspruch von Kindern und Eltern erhält.

Endlich hat auch die Mehrheit der Ratsfraktionen eingesehen, dass eine Fünfzügigkeit der Jahrgänge hier gewünscht ist. Sie kommt dem Bedarf der Eltern und Schülerinnen und Schüler entgegen, ohne mittelfristig, wie von konservativer Seite befürchtet, die Existenz der anderen Schulformen in Kaarst in Frage zu stellen. Der positive Ratsbeschluss fiel im Frühjahr 2019. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch dieser geplante Neubau zügig umgesetzt wird.

Sowohl die beiden Gymnasien, als auch die Realschule an der Halestraße vervollständigen weiterhin mit ausreichenden SchülerInnenzahlen die Schullandschaft in Kaarst. Die Grünen werden sich weiter dafür einsetzen, dass Kaarst beim **Schulangebot** gut aufgestellt bleibt.

Was die **Grundschulversorgung** angeht, gibt es in den verschiedenen Ortsteilen eine z.T. bedenkliche Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage. Zwar konnten alle Grundschulkinder, die in diesem Sommer eingeschult wurden, an Kaarster Schulen einen Platz zugewiesen bekommen, jedoch ist hier dringend eine **Gewährleistung von wohnortnahen, fußläufig zu erreichenden Schulplätzen** zu fordern. Die Schuld wurde seitens des Schulrats auf den bekanntermaßen massiven Lehrermangel geschoben, der voraussichtlich bis 2031/32 in NRW bestehen bliebe. Damit geben wir uns nicht zufrieden, und auf Nachfrage konnte auch die Schulministerin keine weiterführenden kurzfristigen Lösungsvorschläge bieten.

Die Kommunalpolitik sollte die Bürger nicht dazu aufrufen, sich zu fügen, zu schlucken und stillzuhalten. Sie sollte sich vehement für die berechtigten Forderungen einsetzen. Wir alle sind dazu angehalten, uns einzubringen, nach kreativen Lösungen zu suchen und massive Unterstützung von oben einzufordern, und das werden die Grünen tun.
Wir fordern dringend und sofort eine ausreichende Versorgung mit Lehrern.
Der neu eingerichtete Arbeitskreis zum **Schulentwicklungsplan** soll zumindest dafür sorgen, dass im Vorfeld verlässlichere Aussagen als bisher über erwartete Schülerzahlen gemacht werden können.

Für die Grünen sind seit jeher **Schulen auch städteplanerisch von Bedeutung**. Sie haben sich dafür eingesetzt, dass auch weiterhin Schulen in der Stadtmitte angesiedelt bleiben. Wir haben die **Grundschule Stakerseite** getragen von einer starken Elterninitiative 2009 in der Stadtmitte halten können und 2017 wurde auch endlich ihr Neubau dort beschlossen. Die ersten Planungsentwürfe aus Phase 0, in Zusammenarbeit mit der Schule, den Eltern und den Architekten, sind sehr vielversprechend und lagen bereits zur Abstimmung vor. Jetzt muss die Verwaltung ermöglichen, dass nicht noch zwei Generationen von Grundschulkindern auf dieses wirklich inspirierende Zukunftsmodell warten müssen.

Bei der künftigen Planung und dem Neubau von Schulen soll die Einrichtung ebenerdiger Werkräume mit einem großzügigen, überdachten Außenbereich zum Erlernen wichtiger Fertigkeiten (wie Fahrradreparatur, Erstellung kleiner Gebäude, Überdachung von Fahrradstellplätzen oder ähnlichem) geprüft werden.
Neben den geplanten Neubauten fordern wir auch, notwendige, bisher immer wieder verschobene Sanierungsmaßnahmen an Schulen nicht zu vernachlässigen. Lärmarme Unterrichtsräume sind notwendig, damit Konzentration möglich ist. Fenster müssen selbstverständlich dicht sein und Heizungen funktionieren.

Im Bereich der **Inklusion** hat sich in den letzten Jahren einiges besser eingespielt, und wir sehen gute Erfolge in der Umsetzung in den teilnehmenden Grundschulen und der Gesamtschule. Aufgrund der Änderung der Gesetzeslage werden ab diesem Schuljahr an den zwei Gymnasien allerdings keine Kinder mit speziellem Förderbedarf mehr beschult werden.

Die Grünen unterstützen weiterhin den Gedanken der Inklusion. Sie sehen in diesem Prozess nicht nur eine gesetzliche Pflichterfüllung, sondern eine soziale Herausforderung, auch den Behinderten in ihrer Persönlichkeitsbildung die ihnen zustehenden Möglichkeiten zu bieten.

Durchaus vorhandene Schwierigkeiten und Belastungen dürfen nicht zur Ablehnung der Inklusion insgesamt führen. Ein zusätzliches, gelungenes Beispiel bietet unsere Stadt durch das mehrfach ausgezeichnete Konzept des „Kunstcafé Einblick". Wir werden weiterhin dort helfen, wo Probleme aufkommen und den Inklusionsgedanken als immer geltende Herausforderung sehen.

Die Digitalisierung der Schulen schreitet auch in Kaarst voran – allerdings langsamer, als wir uns das wünschen. Wie andere Anschaffungen ist auch der Einsatz der Sachmittel in diesem Bereich noch enger mit den Schulen abzusprechen. Um – gerade in Zeiten des Lehrermangels – die Pädagogen und die Schulleitung zu entlasten und die Digitalisierung zu beschleunigen fordern wir die **Einstellung von „Digitalen Kümmerern"**, die für die Pflege und gegebenenfalls die Einrichtung der IT in den Schulen zuständig sind.

Unsere Hauptforderungen und Projekte im Bereich Schule:

- Neubau Gesamschule zügig umsetzen
- Neubau Stakerseite zügig umsetzen
- Frischküchen an den Kaarster Schulen
- kurze Beine, kurze Wege: wohnortnahe Grundschulplätze in allen Kaarster Stadtteilen
- Bedarf an Sozialpädagogen an Grundschulen decken – Anstellung mit langfristigen/unbefristeten Verträgen bei der Stadt
- Einstellung von „Digitalen Kümmerern"

Klimaschutz: Jetzt – für die Zukunft.

Im Stadtrat haben wir am 26.9.2019 einen umfassenden Antrag zum Klimaschutz eingebracht. Statt über diesen Antrag abzustimmen, wurde die Diskussion von den anderen Parteien leider in einen nicht-öffentlichen Arbeitskreis verbannt und vertagt. Wir stehen weiterhin hinter unseren Forderungen:

Alle Beschlüsse des Stadtrates und seiner Ausschüsse sind einer **Klimafolgenabschätzung** zu unterziehen und auf die Klimaverträglichkeit hin zu überprüfen. Die Verwaltung soll bei jeder Vorlage eine entsprechende Bewertung vornehmen und zur Beratung vorlegen.

Klimaschutz soll Chefsache werden. Entsprechende personelle und organisatorische Maßnahmen werden ergriffen, so dass eine Klimaschutzmanagerin entsprechend berechtigt agieren kann.

Unsere Forderungen für konkrete Maßnahmen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, wie der Weg zu einem **klimaneutralen öffentlichen Gebäudebestand** bis zum Jahr 2030 erreicht werden kann. Dabei sollen auch Nahwärmenetze zum Einsatz kommen.
2. Zukünftig sollen bei allen städtischen Bau- und Renovierungsmaßnahmen ausschließlich **nachhaltige Baustoffe** zum Einsatz kommen. Die Investitionen bei Bau- und Renovierungsmaßnahmen werden inkl. Betriebskosten auf deren Laufzeit gerechnet.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den kompletten **städtischen Fuhrpark** (mit Ausnahme von Spezialfahrzeugen der Feuerwehr und des Bauhofes) **auf einen klimaneutralen Betrieb umzustellen**.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Kaarster Stadtgebiet **jedes Jahr 5.000m² Wald neu** anzupflanzen. Darüber hinaus wird jeder gefällte Baum im Verhältnis seines Stammumfang (1m über Boden) 1:1 durch Neupflanzungen ersetzt.
5. Die Verwaltung verpflichtet sich, **keine Dienstreisen mehr mit dem Flugzeug** durchzuführen. Bei internationalen Dienstreisen wird der CO2-Ausstoß kompensiert.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, bei dem **kein öffentliches Dach ohne Nutzung** bleibt, ob durch Photovoltaik, Solarthermie oder Gründachnutzung.

7. Die Verwaltung wird beauftragt, das **Essen in allen Kitas und Schulen** auf 100% Bio-Qualität aus möglichst regionalen Produkten umzustellen. Langfristig sind an allen Kitas und Schulen Frischküchen anzustreben.
8. Die Verwaltung wird beauftragt, ein **Förderprogramm für den Einsatz von Photovoltaik/Solarthermieanlagen** für Kaarster Bürgerinnen und Bürger aufzulegen.
9. Die Verwaltung wird beauftragt, für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ein **Stromsparcheck** einzuführen.
10. Das **Mobilitätskonzept** der Stadt Kaarst wird unter der Maßgabe der **Priorität für die klimaneutrale Mobilität** gestaltet. Dabei gilt Vorrang für Fußgänger, Radfahrer und die Nahmobilität. Es sollen Mobilitätshubs in Kaarst entstehen, die u.a. auch Carsharing und insbesondere die Umstiegsmöglichkeiten innerhalb eines verbesserten ÖPNV in Kaarst, auf Fahrräder, E-Scooter oder Carsharing umfassen.
11. Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen sind die Klimafolgeanpassungen für die Vegetation zu berücksichtigen, dabei soll der **Anteil versiegelter Flächen so gering wie möglich** gehalten werden und offene Wasserflächen (bspw. Dachwassersammelbecken mit Versickerung im Überlauf) zur Kühlung Berücksichtigung finden.

Sollte eine der genannten Maßnahmen nicht klimaneutral herzustellen sein, wird die Verwaltung beauftragt, eine entsprechende Kompensation herzustellen.

Auch über den Antrag hinaus setzen wir uns konsequent für klimaschützende Maßnahmen ein.

Seit Jahren fordern die Grünen ein **Energiemanagement** in der Stadt Kaarst, dieses wollen wir konsequent fortentwickeln und den **Energieverbrauch in Kaarst stetig senken**. Der Energieverbrauch aller städtischen Gebäude ist zu ermitteln und über die Jahre sind vergleichbare Kennzahlen aufzustellen, **bedarfsorientierte Energieausweise** für die großen städtischen Gebäude sind zu erstellen. Dem Umweltausschuss soll jährlich rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen ein Maßnahmenkatalog zur Energieeinsparung vorgelegt werden, der sich an der Sanierungsbedürftigkeit der städtischen Gebäude orientiert und die Verwaltung soll sich bei Bedarf der Fachkunde eines Dritten bedienen.

Bei der Anschaffung von Geräten sind diese in der Verwaltung einer grundsätzlichen **Energieverbrauchsprüfung** zu unterziehen. Es sollen in Zukunft vorrangig Geräte mit der besten Energieeffizienzklasse angeschafft werden. Bei allen öffentlichen Neubauten soll

zukünftig ein Wärmeschutzniveau nach Passivhausstandard umgesetzt werden. Bei Grundstücksverkäufen und in neuen Bebauungsgebieten soll auf die Nutzung von erneuerbaren Energien zur Warmwasserbereitung und zu Heizzwecken hingewirkt werden. Als Beispiel können in der Bausatzung Blockheizkraftwerke, welche mit Hackschnitzel oder Holzpellets betrieben werden, verankert werden.

Die Grünen fordern, die lokale Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien in Kaarst stark auszubauen. Wir wollen in Zukunft verstärkt auf die direkte Nutzung der Sonnenenergie durch Solarthermie und Photovoltaik setzen. Im Detail schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- Die Stadt Kaarst soll alle geeigneten Dächer öffentlicher Gebäude, wie Rathäuser, Schulen, Schwimmbad und Kindertagesstätten den Stadtwerken Kaarst oder anderen Unternehmen zur Stromerzeugung mittels Photovoltaikanlagen überlassen. Bei entsprechendem Interesse Kaarster Bürgerinnen und Bürger sind Bürgersolaranlagen zu bevorzugen, da sie die Einwohner der Stadt direkt an der Energiewende beteiligen und somit die Akzeptanz erhöhen.
- Die Verwaltung wird beauftragt, ein umfangreiches Förderprogramm für den Einsatz von Photovoltaik- und Solarthermieanlagen aufzulegen. Nach dem Vorbild anderer Kommunen in NRW streben wir ein 500-Dächer-Programm an.
- Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, auf Grundlage der Daten des Solarpotenzialkatasters großflächige Gewerbeimmobilien zu identifizieren, die sich besonders für die Nutzung von Photovoltaikanlagen eignen. In einem zweiten Schritt sollen die Gebäudeeigentümer aktiv angesprochen werden, um die Flächen in Kooperation mit den Stadtwerken Kaarst nutzbar zu machen. Dabei könnten zur Finanzierung der Anlagen auch Sonderkreditprogramme der Sparkasse Neuss oder der Volksbank Düsseldorf Neuss zum Einsatz kommen.
- Um das Kaarster Förderprogramm aktiv zu bewerben, wollen wir regelmäßige Informationsveranstaltungen durchführen, bei denen interessierte Bürgerinnen und Bürger mit Handwerksbetrieben, Herstellern sowie den Ansprechpartnern der Stadt Kaarst ins Gespräch kommen können.
- Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Grundstücksvergabe zukünftiger Gewerbegebiete gezielt Unternehmen und Handwerksbetriebe aus dem Bereich

Erneuerbare Energien anzuwerben. Hierdurch kann der Anteil der lokalen Wertschöpfung bei der Planung, Installation und Wartung von Anlagen erhöht werden.

- Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete Flächen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen zu identifizieren. Hierbei sollen nur Flächen berücksichtigt werden, die nicht landwirtschaftlich genutzt werden können. Eine Nutzung von Schwimmkörper-Anlagen auf den Flächen der Baggerseen im Kaarster Norden soll ausdrücklich berücksichtigt werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadtwerke Kaarst den Betreibern von Photovoltaikanlagen, deren Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz nach 20 Jahren ausläuft, einen Weiterbetrieb der Anlagen ermöglicht, beispielsweise indem der eingespeiste Strom zu einem festen Preis abgenommen wird.
- Wir setzen uns dafür ein, weiterhin den Ausbau/ die Erweiterung von Windenergie(anlagen) – selbstverständlich unter intensiver Beteiligung und breitester Akzeptanz in der Bevölkerung – zu fördern.

Im Rhein-Kreis Neuss sind wir genauso von Klimaveränderungen betroffen wie anderswo. Gleichzeitig ist unser Kreis aber auch ein bedeutender Standort für die Energieproduktion. Der **Strukturwandel** wird auch unseren Kreis massiv betreffen und verändern. Wir sind froh, dass mit dem Ergebnis eines endgültigen Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung 2038 ein breiter gesellschaftlicher Konsens hergestellt wurde.

Unsere Hauptforderungen und Projekte im Bereich Klimaschutz:

- Konkrete Maßnahmen öffentlich diskutieren, zügig beschließen und umsetzen
- Klimaschutz als Chefsache und Querschnittsaufgabe
- intelligentes Energiemanagement in Kaarst
- dezentrale Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien fördern
- mehr Bäume für Kaarst

Verkehrsplanung – für Menschen, nicht für Autos

Unser Ziel ist eine menschengerechte und nachhaltige und nicht die autogerechte Stadtgestaltung. Sicherheit für unsere Kinder ist wichtiger als eine Minute Zeitgewinn für Autofahrer!

ÖPNV.

Seit mehr als 20 Jahren bringt die **Regiobahn** Kaarsterinnen und Kaarster nach Neuss, Düsseldorf und weiter bis ins Neandertal. Aus dem Kaarster Moblitätskonzept ist die S28 nicht mehr wegzudenken. Wir setzen uns für die **Verlängerung der Strecke** bis Viersen nach Westen und Wuppertal im Osten ein. Wir wollen hier z.B. auch den Einsatz von wasserstoffbetriebenen Zügen prüfen lassen.

Aufgrund von Forderungen der Grünen ist das **Bus- und Bahnkonzept** für Kaarst überarbeitet worden und wird regelmäßig überprüft. Die aktuelle Nachfrage gerade aus den neuen Wohngebieten muss dabei miteinbezogen werden. Der Einsatz von barrierearmen Bussen und auch die Angebote für „Nachtschwärmer" müssen weiter ausgebaut werden. Gerade das Angebot in den Abendstunden und am Wochenende muss aufrechterhalten werden, damit mehr Kaarsterinnen und Kaarster auf den ÖPNV umsteigen. Die Einbindung aller Ortsteile wie des Kaarster Nordwestens hat höchste Priorität, damit noch mehr Kaarsterinnen und Kaarster nicht weiter auf ihr Auto angewiesen sind, um nach Düsseldorf zu pendeln. Die wachsenden Gewerbegebiete im Stadtgebiet müssen besser in das ÖPNV-Netz eingebunden werden.

Wir Grünen setzen uns weiter für den von den anderen Parteien gestoppten Vorschlag für einen **Bürgerbus** ein. Auch das Angebot der Taxibusse und des AST muss erweitert werden.

Eine jährliche Überprüfung des ÖPNV-Netzes ist die Voraussetzung, um auf Veränderungen in der Nachfrage reagieren zu können.

In den Ausschreibungen für neue Strecken und bei neuer Besetzung vorhandener Strecken sind **Angebote mit alternativen, energiesparenden und emmissionsfreien Fahrzeugen** zu fördern und zu bevorzugen.

Die Bahnstrecke Mönchengladbach-Düsseldorf wird von der **S8** bedient, doch besonders in den morgendlichen Stoßzeiten wird es für viele Büttgerinnen und Büttger zur Tortur, einen Platz im Zug zu bekommen. Die Grünen setzen sich dafür ein, dass der Regionalexpress 4, der zur Zeit ohne Halt durch Büttgen fährt, besonders in den Morgenstunden und zur Feierabendzeit in Büttgen hält, um die S8 zu entlasten und den Pendelverkehr aus Büttgen attraktiver und angenehmer zu gestalten.

Fahrrad & Füße.

Die zweite Säule des Umweltverbundes sind die Fortbewegung zu Fuß und mit dem Rad. Obwohl Kaarst die besten geographischen Voraussetzungen zur Entwicklung einer Radfahrkultur wie zum Beispiel in den Niederlanden bietet, liegt hier einiges im Argen. Das Radwegenetz ist ein Flickenteppich, hier haben die Grünen eine Befragung des ADFC aufgegriffen und in einem Antrag an die Verwaltung formuliert, dass das Kaarster Radwegenetz auf Schwachstellen hin untersucht werden soll. Das wollen die Grünen durch eine Radwegeplanung verbessern, die es ermöglichen soll, Wege schnell und sicher innerstädtisch zurückzulegen. Die Grünen fordern daher die Ausweitung und konsequente Bestandspflege (unter anderem durch bessere Beschilderung) des Rad- und Wanderwegenetzes auf der Basis einer vorausschauenden **Radverkehrsnetzplanung**. Es soll geprüft werden, wo es sinnvoll ist, Fahrradstraßen anzulegen. Weitere alltagstaugliche Radwege sollten im Grünen abseits der Hauptstraßen angelegt werden. Eine Lücke, die beispielsweise geschlossen werden muss, besteht zwischen dem Wasserwerk und Kreisstraße 37 (Holzbüttgen-Büttgen). Dringender Bedarf besteht weiter an der Antoniusstraße, wo für Radfahrer/innen ein eigenständiger Radweg als Alternative geschaffen werden muss, und zwischen Rottes und Weilerhöfe, wo ein sicherer Übergang über die S-Bahnstrecke fehlt. Der Fahrradweg auf der Maubisstrasse muss dringend erweitert und durchgehend angelegt werden. Der Fahrradweg entlang der L390 (Neersener Strasse) ist auf Kaarster Gebiet in einem desolaten Zustand. Der Landesbetrieb Straßen.NRW hat mit einer Sanierung westlich von Kaarst begonnen. Wir fordern eine Sanierung der Strecke auf unserem Stadtgebiet. Eine Gefährdung für Fahrradfahrer ist nicht auszuschließen, hier muss schnell gehandelt werden; die Grüne Fraktion ist seit dem Sommer 2019 im Einsatz, hier Abhilfe zu schaffen.

Grundlage der **Bestandspflege** ist das regelmäßige und schnelle Frei- und Sauberhalten von Rad- und Fußwegen. Hier sind eine stärkere Kontrolle des Parkens auf den Wegen und das Abschleppen gefordert. Die Verkehrsüberwachung der Stadt ist hier gefordert, auch

regelmäßig jenseits des Ortskern von Kaarst zu überprüfen, zu überwachen und zu handeln. Die Möglichkeit der Straßenverkehrsordnung, **Einbahnstraßen für Fahrräder** entgegen der Autofahrtrichtung freizugeben, muss überall dort, wo es ohne Gefährdung der Radler/innen möglich ist, ausgeschöpft werden. Wo möglich, soll der Grüne Pfeil für Fahrräder eingeführt werden.

Bei der Planung und dem Ausbau der Radwege in Kaarst wird ein besonderes Augenmerk auf getrennte Radwege von der Autostraße gelegt, Sicherheitsstreifen für Fahrräder auf der Straße sind nicht ausreichend und bieten eben keine Sicherheit.

Fahrradwege müssen ganzjährig genutzt werden können; auch hier muss selbstverständliche ein regelmäßiger Winterdienst stattfinden, um die Sicherheit der Fahrer zu gewährleisten.

In der Innenstadt und an allen öffentlichen Einrichtungen müssen mehr und praktikablere **Fahrradständer** aufgestellt werden. Dies gilt besonders an den Schulen im Stadtgebiet: Wir fordern mindestens 80% Abstellplätze im Verhältnis zu Schüleranzahl an den jeweiligen Schulen.

Wir wollen den den Umstieg der Verwaltung vom städtischen Dienstwagen auf das **(Dienst)fahrrad** befördern.

Ampeln sind so zu gestalten, dass eine Querung in allen Richtungen möglich ist, wie zum Beispiel bei der L390 Kreuzung K4N und in Höhe Erftstraße. Ampelanlagen an Fahrradwegen müssen mit Haltegeriffen ausgestattet werden, Fahrradampeln sind nach niederländischen Vorbild an Kreuzungen aufzustellen.

Die diskriminierenden Schilder „Radfahrer absteigen“ sollen nach Einzelfallprüfung abmontiert werden. Radwege wie z.B. an der Einmündung Büttger Str./Stakerseite und Heinrich-Hertz-Straße/Martinusstraße verstoßen gegen die Straßenverkehrsordnung und müssen umgebaut werden. Alle Radverkehrsanlagen müssen im Sinne der BiS-Untersuchung verändert werden. Laut ADFC ist bislang nur ein Teil der Vorschläge umgesetzt. Auch sollen der Umbau der radfahrerfeindlichen Lichtzeichenanlagen v.a. an der Neersener Straße (alte B 7, jetzt L 390) sowie Umbau der restlichen Bordsteinabsenkungen an Kreuzungen angegangen werden.

Wir Grünen unterstützen stadtweite Reparaturstellen.

Das Fahrrad und der ÖPNV ergänzen sich ideal. Damit die kombinierte Benutzung angenehmer gestaltet wird, sollten vermehrt diebstahl- und vandalismussichere **Fahrradboxen** an wichtigen Übergängen zu Bus und Bahn angeboten werden (weitere Boxen am Kaarster Bahnhof, S-Bahn Büttgen).

Um das **Zu-Fuß-Gehen** angenehmer und sicherer zu gestalten, fordern die Grünen, die Ampelphasen dem Tempo der Fußgänger/innen und nicht dem Fluss des Autoverkehrs anzupassen. **Rufampeln** sollten so geschaltet werden, dass sie den Überweg für PassantInnen zuverlässig und ausreichend lang freigeben. Ein gutes Beispiel ist die Fußgängerampel auf der Erftstraße, hoch frequentiert durch die Schüler der Grundschule Stakerseite und dem Albert Einstein Gymnasiums: Hier ist die Grünphase für Fußgänger, besonders für junge Kinder sehr kurz, so dass sie teilweise bei Rot auf der Mittelinsel „stranden", ohne dass dort die Möglichkeit besteht, wieder auf Grün zu schalten.

An zahlreichen Straßen Kaarsts, so z.B. an der Maubisstraße, sind weitere **Überquerungshilfen** wie (zusätzliche) Mittelinseln, Zebrastreifen etc. unverzichtbar. Alle Umwegkreuzungen, die die Überquerung für Fußgänger/innen nicht in jeder beliebigen Richtung erlauben, müssen umgestaltet werden.

Eine **zukunftsorientierte Verkehrsplanung** bedeutet für die Grünen, dass auch neue Transportmittel wie Inline-Skater, E-Roller, E-Bikes oder Skateboards berücksichtigt werden. Sie haben heute bereits ihre Funktion als reine Sport- und Freizeitgeräte gewandelt und dienen ebenso der umweltschonenden Fortbewegung. Wir sehen darin eine erfreuliche Aneignung des öffentlichen Raumes, die in planerische Überlegungen miteinbezogen werden muss, um beispielsweise Konflikte zwischen Fußgänger/innen, Radfahrer/innen und Skater/innen zu vermeiden.

Die Grünen fordern einen Ausbau der **Sharing-Angebote** im Verkehr; neben dem Car-Sharing muss die Stadt auch entsprechende Angebote im Bereich des Bike-Sharing und E-Roller-Sharing anbieten, wenn die Verkehrswende in Kaarst gelingen soll.

Die Grünen fordern seit mehr als vier Jahren eine Mitgliedschaft der Stadt Kaarst in der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen e. V. (AGFS). Die Arbeitsgemeinschaft unterstützt ihre Mitglieder beim Zugang zu Fördermitteln, bietet Netzwerke für Wissens und Erfahrungsaustausch zum Thema

und ist beratend und unterstützend tätig. Ein Mitgliedschaft ist ein bestimmte Voraussetzung geknüpft, für die sich die Kaarster Grünen schon seit Jahren einsetzen. So sind die Priorität für ein nachhaltiges Nahverkehrskonzept und innovative und pragmatische Arbeit bei der Umsetzung von Lösungen zur Verkehrswende in der Stadt durch die Verwaltung die Voraussetzung. Gemeinden wie Neuss, Meerbusch und Dormagen haben gute Erfahrungen mit einer Mitgliedschaft gemacht.

Die Grünen fordern, die Belastung durch den Autoverkehr für die Bürger/innen zu reduzieren. Der Schlüssel dazu ist die **flächendeckende Verkehrsberuhigung** und Einführung von Tempo 30-Zonen und -Straßen in allen Ortsteilen. Die Anwohner/innen der „großen" Straßen müssen entlastet werden, daher dürfen Straßen wie die Antoniusstraße, wo viele Verkehre teils unübersichtlich parallel laufen, nicht ausgenommen werden; andere Hauptverkehrsachsen, die keine Unfallgefahren bergen, können nach Einzelfallprüfung ausgenommen werden. Kreis- und Landstraßen sind in Absprache mit dem Kreis bzw. dem Land in die Beruhigung einzubeziehen. Umbaumaßnahmen wie Bodenschwellen, Fahrbahnverengung, Kreisverkehre, Querungshilfen etc. führen zu weiteren Geschwindigkeitsreduzierungen und leiten den Durchgangsverkehr zwanglos auf die bestehenden Umgehungsstraßen. Wegen der hohen Kosten sollten diese Maßnahmen allerdings besonders kritischen Stellen vorbehalten bleiben. Preisgünstig und daher an vielen Stellen leicht realisierbar sind Fahrbahnmarkierungen, die durch geschickte optische Effekte zu einer Verlangsamung des Tempos führen.

Straßen sollen wieder Lebensräume werden. Die Grünen setzen sich dafür ein, dass mehr Straßen zu Spielstraßen umgebaut werden. Als ersten Schritt wollen wir die **Ausweisung aller Sackgassen als Spielstraßen** durchsetzen!

An Markttagen wird die Alte Heerstrasse zwischen Kreisverkehr und Einfahrt Am Dreieck für den Autoverkehr gesperrt und die Marktfläche entsprechend vergrößert.

In den Ortskernen sind die öffentlichen Parkplätze in Zukunft kostenpflichtig. Die Einnahmen hieraus werden im Ausbau und Förderung der nachhaltigen Verkehrsplanung im Stadtgebiet investiert.

Die Schulen, besonders die Grundschulen, brauchen Unterstützung zur Eindämmung der sogenannten Elterntaxis. Die Gefahr für die Schüler, die von den Automassen vor den Schulen ausgeht, ist nicht hinnehmbar.

Alle zukünftigen Straßenbauprojekte müssen von **aktiver Bürger/innenbeteiligung** geprägt werden, wie wir sie oben skizziert haben. Positiv bewerten wir das in Einzelfällen praktizierte Verfahren der Stadtverwaltung, die planerischen Alternativen durch Aufsprühen auf die Straße für die Anwohner/innen sicht- und erfahrbar zu machen. Dabei sollen regelmäßige Begehungen mit den Bürger/innen durchgeführt werden und diese im Vorfeld durch eine Wurfsendung informiert werden.

Fluglärm.

Es wird in Kaarst immer Fluglärm geben, das wussten alle Menschen, die in den letzten 30 Jahren nach Kaarst zogen. Doch darf Kaarst nicht zur Hauptschiene des Flugverkehrs der Region werden. Ein gerechter Ausgleich ist anzustreben. Es muss ein generelles Nachtflugverbot für alle Flughäfen und strengere Grenzwerte für Fluglärm geben, im Flugbetrieb sollte auch ein wirksames Strafzahlungskonzept für laute und zu spät landende/abfliegende Maschinen entwickelt werden – dafür wollen wir uns auf allen politischen Ebenen einsetzen. Eine *Sankt Florians-Politik* lehnen wir jedoch ab. Einfach nur Flugrouten ein paar hundert Meter weiter zu schieben reicht nicht aus. Die Stadt Kaarst soll sich aktiv gegen einen weiteren Ausbau des Düsseldorfer Flughafens einsetzen. Es soll ein Ausbau-Moratorium angestrebt werden. Wir fordern von allen, die sich betroffen fühlen, auch den ehrlichen Einsatz für die Verringerung des Fluglärms. Wir unterstützen die Arbeit der Bürgerinitiativen und lehnen das Taktieren des Verkehrsministeriums und des Flughafens bei den Ausbauplänen entschieden ab.

- Die Kaarster Grünen unterstützen die Bürgerinitiative gegen Fluglärm.
- **Kritik und Anregungen von Bürger/innen** haben wir an unsere Landes- und Bundesebene weitergeleitet.
- Alle **Anfragen aus der Bürgerschaft** werden prompt und ehrlich beantwortet, nach bestem Wissen und Gewissen.
- Die Kaarster Grünen sind der Auffassung, dass Kerosin **besteuert** werden muss.

Unsere Hauptforderungen und Projekte im Bereich Verkehr:

- menschengerechte statt autogerechte Verkehrsplanung – ein neues Mobilitätskonzept für Kaarst muss diesen Grundsatz umsetzen
- Ausbau von ÖPNV

- Ausbau von Radwegen – Förderung des Fahrradverkehrs in Kaarst
- flächendeckende Autoverkehrsberuhigung

Stadtplanung – Eine gemeinsame Mitte.

Die Kaarster Grünen sehen in den nächsten Jahren Handlungs- und Gestaltungsbedarf in der **Kaarster Stadtmitte** (rund um das Rathaus, die Stadtparkhalle, die VHS und die Schulen). Dabei sollten die verschiedenen Aspekte und Projekte aus den Bereichen Schule/Bildung, Sport und Kultur berücksichtigt werden. **Grundsätzlich soll eine Stadtmitte ein Ort der Identifikation und des Lebens einer Stadt sein.** Bei den anstehenden Projekten der nächsten Jahre sind besonders die Dreifachturnhalle, die GGS Stakerseite und das AEG zu nennen, bei allen Planungen muss aber der Gesamtkontext gesehen werden. Die Grünen haben hierzu mehrfach Stellung bezogen und ein **Konzept für die gesamte Stadtmitte** entworfen.

Wir wollen einen städtebaulichen Wettbewerb, der zum Ziel haben soll, die zentrale Innenstadtlage an der Alten Heerstraße mit der kleinen Grünfläche, der ehemaligen Gaststätte, über das Haus der Senioren bis zur Straße Am Dreieck zu überplanen. Wir wollen eine lebendige Freiraumgestaltung, die das Grüne Band, vom Siepbach kommend, aufnimmt, den Autoverkehr in Tiefgaragen verbannt und neben einer hohen Aufenthaltsqualität auch einen architektonisch ansprechenden Neubau realisiert. Es sollen neben Büroflächen auch neuer Wohnraum entstehen, die Stadt sollte bei diesen zentralen Flächen Eigentümerin bleiben.

Einzelhandel in Vorst, Holzbüttgen und Büttgen.
Die Einzelhandelssituation in den anderen Stadtteilen ist nach Auffassung der Grünen ausreichend und sollte im bestehenden Rahmen gepflegt werden. Die Stadt sollte bei einzelnen Lücken im Versorgungsnetz gezielt helfen.
Wir wollen anregen, die Ortsmitte Büttgen mit einem großen Spielplatz – zum Teil als Mehrgenerationenspielplatz – und einer Halfpipe am Rathausplatz umzugestalten.

Sport & Freizeit – Nachhaltig für alle Generationen.

Sport muss mehr beinhalten als nur Prestigeprojekte. Deshalb fordern wir gezielte Förderung besonders im Jugendbereich. Große Fördersummen darf es nur geben, wenn handfeste Konzepte auf dem Tisch liegen (z.B. Radsporthalle Büttgen). Es darf nicht durch die Bindung an einzelne Projekte die breite Masse auf dem Trockenen liegen bleiben. **Der nicht vereinsorganisierte Sport muss mehr Möglichkeiten erhalten.** Um den unterschiedlichsten selbstorganisierten Sportgruppen eine faire Chance auf Trainingszeiten zu bieten, ist es erforderlich, dass freie Hallen- und Platzkapazitäten veröffentlicht werden. Durch die Rückkehr der Gymnasien zu G9 ergibt sich in den nächsten Jahren eventuell eine Entlastung der abendlichen Hallenbelegungen, allerdings ist zusätzlich hoffentlich auch mit einem erneuten Anstieg der sportlichen Aktivität der Kinder und Jugendlichen zu rechnen, so dass die im Sportentwicklungsplan vorhergesagten Werte und Bedarfe als realistisch angesehen werden müssen, und wir uns für einen schnellen Bau der geplanten Hallen einsetzen müssen.

Am **Bruchweg**, dem nächsten großen Umgestaltungsprojekt, plädierten wir Grünen für eine Mehrfachnutzung als gemischtes Sport- und Freizeitgelände für Holzbüttgen, mit gleichzeitiger Nutzung der idealen Lage für **Geschosswohnungsbau mit bezahlbarem, kleinteiligen Wohnraum**. Wenn ca. ein Fünftel des Geländes für einen Tennisplatz zur Verfügung gestellt werden kann, verstehen wir nicht, wieso nicht die schwierige Lage auf dem Wohnungsmarkt in Kaarst mit bedacht und dementsprechend geplant wird. **Leider ist unser Antrag im September 2019 abgelehnt worden.** Wir begrüßen allerdings sehr, dass am Bruchweg ein neuer **Pumptrack für die BMX-Räder** als Ersatz für die Strecke an der Erftstraße entstehen soll. Ebenso halten wir ein **Kleinspielfeld** für dringend erforderlich, sowohl in Hinblick auf die angrenzende Schule und Kita, als auch für den öffentlichen Gebrauch. Wir werden mit dafür sorgen, dass die Maßnahmen möglichst schnell umgesetzt werden. Auch hier empfehlen wir die Nutzung der unbebauten Flächen in der Parkanlage z.B. zur Aufstellung von mehrgenerationentauglichen Sportgeräten, und würden eine **Boulebahn** bzw. ein neues **Beachvolleyballfeld** begrüßen.

Bei Umbaumaßnahmen sollen Wege und Plätze so gestaltet werden, dass diese auch inlinertauglich sind. Generell gilt es, ein breites Angebot öffentlicher Freizeitangebote in allen Stadtteilen zu verwirklichen und vorhandene Angebote zu ertüchtigen (Trimm-dich-Pfade, Radwege, Bolzplätze). Um sportliche Freizeitaktivitäten an vielen Orten der Stadt täglich zu ermöglichen, fordern die Grünen die Aufstellung weiterer Sportgeräte, wie z.B. Basketballkörbe, auf öffentlichen Plätzen und Schulhöfen.

Der schon seit Jahren geplante **Bolzplatz in Büttgen** muss endlich realisiert werden und öffentlich zugänglich sein. Den Bau weiterer Kunstrasenplätze lehnen wir ab.

Das **Schwimmbad Büttgen** sollte versuchen, sich über eine Verlängerung der Öffnungszeiten noch besser auf bestimmte Zielgruppen einzustellen (Senioren, Familien und Jugendliche). Für Kinder und Behinderte soll der Eintrittspreis entfallen.

Sportstätten und -hallen müssen in der Substanz gut erhalten bleiben, und bei Erneuerungsmaßnahmen soll die Stadt als Vorbild in Sachen **ökologischer Renovierung** vorangehen (s. Förderung ökologisch und sozial verantwortlichen (Um) -Bauens).

Die **Stadtparkhalle** an der Pestalozzistraße wurde auf Antrag der Grünen realisiert und zwar im **Passivhausstandard**. Diese Halle ist für uns ein Zeichen der großen Bedeutung des Sports in der Stadt Kaarst. Dazu stehen wir, und das möchten wir auch weiterhin aktiv unterstützen.

Die restlichen Sportanlagen sollen ebenfalls auch langfristig in der Stadtmitte verankert bleiben und bilden u.a. mit dem SG Kaarst Sport- und Gesundheitszentrum ein breit gefächertes Angebot.

Mit dem geplanten Neubau der **Grundschule Stakerseite** auf dem jetzigen Ascheplatz wird auch, wie im September beschlossen, eine **Doppel-Einfachhalle** gebaut. Weitere sportliche Nutzung mit einem kleineren Sportplatz und anderen sportlichen Bereichen sind mit einzuplanen. Darüber hinaus stellen sich die Grünen eine **parkähnliche Anlage** vor, die mit Aufenthaltsbereichen mit Möblierung zum Verweilen einlädt und die **Qualität der Stadtmitte** aufwertet.

Zusätzlich wird in den nächsten Jahren im Rahmen des Neubaus der Gesamtschule in Büttgen noch eine **Dreifachturnhalle** entstehen. Wir werden auch hier ökologische und nachhaltige Bauweise fordern.

Die abgängige Halle an der **Bussardstraße** wird abgerissen und ermöglicht auf diesem Gebiet eine zukunftsorientierte Verkehrsplanung und Quartiersentwicklung mit bezahlbarem Wohnraum.

Erfreulicherweise ist im Juli 2019 (allerdings nach Beschluss 2015 nicht besonders zeitnah) die Umgestaltung der Grünanlage auf der **Gartenstraße in Büttgen** (aka Altenpark) abgeschlossen worden. In diesem Rahmen wurden auch spezielle, **generationsübergreifende Sportgeräte** installiert, wie auf Antrag der Grünen bereits im Kaarster Stadtpark geschehen. Jetzt sollte man prüfen, ob sich auch noch die Möglichkeit der Einrichtung einer **Boulebahn** dort bietet. Wir sind dafür, es nicht dabei zu belassen, sondern bei der Umgestaltung zukünftiger Grünflächen und der Entstehung neuer Parks immer auch, wo irgend möglich, **Generationenspielplätze** mit einzuplanen, um die Aktivität aller Kaarster zu fördern und gute Orte für generationenübergreifenden Kontakt zu schaffen (s. auch Alt & Jung).

Das **Sportforum Kaarst-Büttgen** wird weiterhin durch einen Trägerverein betrieben. Anfangs jährlich festgelegte Zuschüsse der Stadt von 250.000 DM (128.000 €) stiegen in den letzten Jahren auf Zahlungen von rd. 285.000 €. Mehrfach wurde der Zuschuss erhöht und neue Bürgschaften gegeben. Nicht nur die Sporthalle, sondern auch das Internat (Hotel) und das Restaurant sind **im Betrieb defizitär**. Die (außer)sportliche Nutzung des Sportforums ist durch einen nachbarschaftlichen Vergleich wg. Lärmbelästigung auf vier Großveranstaltungen pro Jahr beschränkt, die sich auf sportnahe Veranstaltungen reduzieren. Die durch das Land gezahlten Zuschüsse sind zweckgebunden, d.h. wenn das Hotel überwiegend nicht-sportlich genutzt wird oder dem Landesradsportbund keine Trainingsmöglichkeiten (kostenlos) zur Verfügung gestellt werden, müssen Zuschüsse an das Land zurückgezahlt werden. Gespräche mit dem Ministerium bzgl. eines Erlasses o.ä. sind negativ verlaufen. Realistisch wird das Sportforum Kaarst-Büttgen in den nächsten Jahren nur mit einem jährlichen Betriebskostenzuschuss von rd. 300.000 € zzgl. Investitionskosten zu betreiben sein. Es stehen noch erhebliche Renovierungsarbeiten aus. **In den kommenden Jahren, vor allem in Zusammenhang mit dem Auslaufen der Bürgschaft 2023, sollte die Notwendigkeit des Weiterbetriebs des Sportforums unter wirtschaftlichen und sportlichen Aspekten erneut überprüft werden.**

Wir sind dafür, dass **Vereine** die benötigten zeitlichen Kapazitäten in angemessenen Sportstätten **kostenfrei** erhalten. Sie stellen einen wichtigen sozialen Faktor in der Stadt dar,

und ihnen muss der finanzielle Spielraum gelassen werden, für ihren Spiel- und Trainingsbetrieb notwendige Materialien erwerben zu können. Denn Sportförderung bedeutet nicht, die Vereine mit **„Sportstättennutzungsgebühren“** zu belasten und dadurch vereinzelt an den Rand ihrer finanziellen Möglichkeiten zu treiben. Wir fordern eine finanzielle Unterstützung unabhängig von der Kassenlage der Stadt, so dass Breiten- und Leistungssport, auch unter Berücksichtigung der eigenen Finanzierung durch Sponsoren und Co., gleichermaßen profitieren. Deshalb haben wir bereits die Abschaffung der „Sportstättennutzungsgebühr“ beantragt.

Der offene Dialog zwischen den Vereinen und der Politik muss gefördert werden. Die Sportvereine sollen mittelfristig eine Autonomie in Hinblick auf die Verwendung der finanziellen Mittel erhalten. Die Sportler vor Ort wissen am besten, wo Gelder am sinnvollsten eingesetzt werden können. So gilt es anzustreben, bei der Verteilung der städtischen Zuwendungen die Sportvereine anzuhören, Initiativen der Vereine zu unterstützen und investive Maßnahmen zukünftig verstärkt in enger Zusammenarbeit mit diesen zu verwirklichen.

Die Nutzung von Sportstätten, sei es von Vereinen oder selbstorganisierten Gruppen, muss gesellschaftlich toleriert werden. Durch die Begrenzung der Öffnungszeiten ist ein Kompromiss gesucht und gefunden worden, an den sich sowohl Sportler als auch Anwohner halten sollen.

Unsere Hauptforderungen und Projekte im Bereich Sport:

- **Eigeninitiative unterstützen** – Vereine bei Entscheidungen miteinbeziehen und Mitbestimmung stärken, nicht-organisierte Gruppen jedoch nicht außen vor lassen
- **Ehrenamt stärken** – finanzielle und organisatorische Unterstützung anbieten statt Kürzungen vorzunehmen
- **Breites Spektrum an Freizeitaktivitäten in den Stadtteilen schaffen** – dezentrale Verteilung, statt Ballungszentren, öffentliche Zugänglichkeit von Außenanlagen
- **Qualitative Angebote schaffen** – die Freizeitangebote sollen attraktiv sein und zum Treffpunkt der Menschen werden

Mittelstand & Wirtschaft – Nachhaltig für Kaarst.

Der Mittelstand ist das wirtschaftliche Rückgrat unserer Stadt. Gut 400 Unternehmen gibt es in Kaarst. Sie sind Arbeitgeber, Dienstleister, Gastronomen, Handwerker, Einzelhändler und Unternehmer und damit ein Teil des täglichen Lebens in unserer Stadt.

Die Grünen fordern, vor Ort mit den Betrieben zu reden und unbürokratisch Herausforderungen anzugehen. Nur so kann konkrete Wirtschaftsförderung funktionieren. Wirtschaftsförderung verstehen die Grünen als Dienstleistung für den Mittelstand. Die Grünen werden sich für einen **Mittelstands- und Wirtschaftsausschuss** einsetzen, der sich zum Ziel setzt, die Belange der Kaarster Unternehmen ernst zu nehmen und sie am politischen Prozess teilhaben zu lassen.

Eine nachhaltige Wirtschaft, die gute und lebenswerte Arbeitsplätze für Kaarsterinnen und Kaarster bietet, ist ein zentrales Ziel grüner Wirtschaftspolitik. Unternehmen, die verantwortungsvoll, nachhaltig, sozial und regional agieren, müssen gefördert werden. Ein **Kaarster Nachhaltigkeitspreis** soll die Unternehmen auszeichnen, die sich für Ökologie und soziales Miteinander stark machen. Hiermit unterstreichen die Kaarster Grünen die Bedeutung des Mittelstands für unser tägliches Miteinander in Kaarst.

Die Grünen fordern eine klare, nachhaltige und unbürokratische Wirtschaftspolitik. Wir wollen weg von der politischen Passivität hin zu einer aktiven Planung, die für die Bürger/innen und alle Unternehmer/innen in Kaarst eine verlässliche Perspektive aufzeigt.

Besonders liegt uns die nachhaltige und umfassende Entwicklung der neuen Gewerbegebiete am Herzen. Ein **ökologisches Gewerbeflächenmanagement** ist nötig um eine langfristige, gesunde und lebenswerte Stadtentwicklung zu gewährleisten. Ein nachhaltiges/ökologisches Gewerbegebiet sollte mindestens

- Regenwasser, auch das der Verkehrsflächen, oberflächlich über eine belebte Bodenschicht versickern

- mit ÖPNV, zu Fuß und per Fahrrad gut erreichbar sein, entsprechende Infrastruktur ist einzuplanen
- zentrale Blockheizkraftwerke für die Wärmeversorgung und Nahwärmekonzepte vorsehen
- durch großzügige Wasser-, und Grünflächen,(mit großkronigen Bäumen, essbaren Hecken und Wildblumenwiesen), Dach- und Fassadenbegrünungen einen größtmöglichen Ausgleich direkt vor Ort bringen.

Nur eine nachhaltige Planung kann die Investitionen der Stadt sichern und eine dauerhafte positive Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen garantieren. Die Grünen stehen für einen offenen und transparenten Umgang mit den neuen Gewerbegebieten in Kaarst und lehnen eine Hinterzimmerpolitik mit undurchsichtigen Finanzinvestoren ab.

Als Teil des Ballungsraumes Düsseldorf spielt auch Kaarst seine Rolle als kleines Rädchen in der großen Weltwirtschaft. Neben Branchenriesen wie Ikea gibt es ein Reihe von Niederlassungen von weltweit agierenden Unternehmen. Nur ein selbstbewusster Umgang auf Augenhöhe kann verhindern, dass Konzerne die Stadt bedrängen und Planungen ad absurdum führen. Auch hier muss Nachhaltigkeit der Maßstab sein und die Frage des Kosten-Nutzen-Verhältnisses kritisch begutachtet werden. Die Balance zwischen Branchenriesen und lokalen Unternehmen darf nicht aus dem Gleichgewicht geraten. Gerade die Ansiedelungspolitik der neuen Gewerbegebiete darf nicht ein Ausverkauf an Unternehmen werden, die Kaarst nur als ein Investitionsgut sehen und keine regionale Anbindung haben. Die Grünen setzen auf Unternehmen mit einer starken Bindung zum Standort Kaarst. **Regionales Wirtschaften** soll gestärkt werden. Undurchsichtige Investorenmodelle lehnen wir ab.

Unsere Hauptforderungen und Projekte im Bereich Wirtschaft:

- Einrichtung eines Mittelstands- und Wirtschaftsausschusses
- Schaffung eines Nachhaltigkeitspreises
- ökologisches Gewerbeflächenmanagement
- Stärkung der lokalen und regionalen Wirtschaft

Feuerwehr – Für Kaarst im Einsatz.

Eine leistungsfähige, hochmotivierte Feuerwehr ist für schnelle Hilfe unersetzlich. Hier muss die Stadt die notwendige Voraussetzungen schaffen:

- Die notwendigen Bauten für die Feuerwehr sollen baldmöglichst nachhaltig und ökologisch erstellt werden. Hierbei soll die Vernetzung zwischen Verwaltung und Feuerwehr besonders berücksichtigt werden. An der Erftstraße soll eine Feuerwache entstehen, die genügend Ausbaureserven hat und auch Perspektiven für eine große Rettungswache eröffnet.
- Alle Feuerwehrleute sollen den zu schaffenden Kaarst Pass erhalten.
- Der Feuerwehrnachwuchs soll besonders im Fokus liegen und entsprechend ausgestattet werden.
- Feuerwehrleute sollen bei der Baugrundstücksvergabe bevorteilt werden.
- Es soll ein Spielplatz „Feuerwehr“ auf dem Grundstück vor der Schwimmhalle/Feuerwache Büttgen entstehen.
- Die Beschaffungen nach dem Brandschutzbedarfsplan sind entsprechend mehrjährig und verlässlich einzuplanen.

Querschnittspolitik – Grüne Grundsätze für Kaarst.

Offene Gesellschaft.

Wir erteilen jeder Form von Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus eine klare Absage – nicht erst, aber erst recht vor dem Hintergrund der rassistisch motivierten, rechtsterroristischen Übergriffe der letzten Monate und Jahre. Unsere demokratischen und humanistischen Überzeugungen verlangen unseren Einsatz für gleiche Würde und Freiheit aller und damit für unser friedliches Zusammenleben. Das bedeutet für uns die Einforderung einer vollumfänglichen gesellschaftlichen und politischen Teilhabe aller Menschen, die in der Realität unserer vielfältigen Gesellschaft zusammenleben. Diese Grundlagen gelten selbstverständlich für alle politischen Felder und wir fordern sie als die Basis jedes politischen Handelns ein, sie bedingen aber auch konkrete Maßnahmen.

Wir wollen deshalb z.B. die Verwaltung beauftragen, Maßnahmen zu ergreifen, die die Anzeige von Diskriminierungen erleichtern, etwa über den zu schaffenden **Integrationsrat** und/oder bei der/dem neuen **Integrationsbeauftragten**.

Politik und Verwaltung sollen darüber hinaus gemeinsam Konzepte entwickeln, die darauf abgestimmt sind, Demokratie und Zivilgesellschaft in der Kommune zu stärken und menschenfeindliche bzw. rassistische Tendenzen klar zurückzuweisen. Ziele werden regelmäßig überprüft und die Instrumente der jeweiligen Situation angepasst. So fordern wir z.B. ein überarbeitetes, erweitertes und konkreteres **Integrationskonzept**.

Frauen.

Frauenpolitik ist für uns Querschnittspolitik, in allen Politik- und Lebensbereichen sind Frauen bei uns gleichgestellt und haben die gleichen Chancen und die gleiche Verantwortung. Eine weitere Stärkung der Gleichstellung ist für uns selbstverständlich, deswegen gibt es kein separates Frauenkapitel, sondern Frauen treffen alle Entscheidungen gleichberechtigt mit.

LSBTIQ*.

Wir setzen uns selbstverständlich für die Gleichbehandlung von nicht-heterosexuellen Menschen, Transgenderpersonen und Intersexuellen in Kaarst in allen Lebensbereichen ein.

Behinderte.

Wir fordern die Gleichberechtigung von behinderten und nicht-behinderten Menschen und sehen dies ebenfalls als Querschnittsaufgabe an, die alle Politikfelder durchzieht. Ob bei der Stadtplanungs- und Verkehrspolitik oder der Schulpolitik fordern wir hier eine Gleichbehandlung und -beachtung bei politischen Prozessen.

MigrantInnen.

Wir Grünen stehen für eine Kultur des Respekts vor den kulturellen Unterschieden in unserer Stadt und für ein friedliches Zusammenleben aller. Kulturelle Unterschiede begreifen wir als Chance, nicht als Hindernis. Integrationsarbeit ist als gemeinsamer Prozess zu verstehen. Mit der Wiedereinführung eines effektiv handlungsfähigen Integrationsrates sowie der Stelle einer/s Integrationsbeauftragten in der Verwaltung werden wir der Integration als Querschnittsaufgabe gerecht, die über Sozialpolitik hinausgeht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtverband Kaarst
Martinusstraße 4 - 41564 Kaarst
Tel.: 02131 / 61557
info@gruene-kaarst.de
www.gruene-kaarst.de
www.facebook.com/gruene.kaarst
www.instagram.com/gruenekaarst